

Wer bewegt Österreich? Wie steht es um seine Zukunftsfähigkeit?

Der Kongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, der dieser Tage in Graz tagt, widmet sich der Zukunftsfähigkeit Österreichs. Der abtretende ÖGS-Präsident Christian Fleck erläutert heute und in den folgenden Tagen, warum er die Fähigkeit Österreichs, seine Zukunft zu gestalten, skeptisch beurteilt.

## 1. Gestaltung der Zukunft

Die harten Bretter scheinen alle schon klitzeklein gesägt. Als vor neunzig Jahren Max Weber für seine Vorstellung von Politik nach einem Bild suchte, wählte er das Bohren dicker Bretter und fügte hinzu, dass dies mit Leidenschaft und Augenmaß zu erfolgen habe. Beobachter des heutigen politischen Betriebs können dieses Bild nur noch benutzen, um die Differenz zur Vergangenheit sichtbar zu machen. Die wenig attraktive Rolle des Kulturpessimisten wird einem dabei geradezu aufgenötigt. Doch steht es am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts um die Gestaltung des Gemeinwesens wirklich so schlecht? Große Entwürfe vulgo Ideologien findet man nur noch im Museum; die Leidenschaften der Politiker gelten der Onkelpflege, den Seitenblicken oder der Önologie. Augenmaß wird nur noch jenen abverlangt, die dieses Treiben digital archivieren. Selbst die guten alten Sachzwänge werden nicht einmal dann, wenn es um die Wahrung von Besitzständen geht, beschworen. Die Lobbyisten der Wohlbestallten fordern bloß noch die Zuwachsraten für die Geldbörsel ihres Klientels.

Wohin geht Österreich? So zu fragen unterstellt, es gäbe noch wen, dessen Sorgen über den Horizont der morgigen Berichterstattung über das heute vollmundig Verkündete hinaus reichen, der einen Plan hat, der mehr als die Eroberung eines bestimmten Postens oder dessen Verteidigung gegen Konkurrenten zum Inhalt hat.

Dieser Jeremiade kann man mit Recht entgegen halten, dass sich glücklich die fühlen können, die nicht in interessanten Zeiten leben. Sicherheit, Wohlstand und Stabilität sind das Gegenteil dessen, was interessante Zeiten auszeichnet. Was soll also die Klage? Spricht aus ihr nur Wohlstandsüberdruß? Möglicherweise. Doch müsste man mit Blind- und Taubheit geschlagen sein, fiel einem nicht auf, dass Apathie, Resignation und Zynismus heute häufiger zu beobachten sind als vor zehn (als die schöne neue Welt des Internets Euphorie auslöste), zwanzig (als das Ende Sowjeteuropas Hoffnungen weckte) oder noch mehr Jahren (als gar soziale Utopien sprießten). Seit einem Jahr warten wir alle gebannt und gelähmt, die Folgen der Krise des Finanzmarktes endlich zu erleben. Aber im Alltag merken davon nur jene etwas, die einen Bekannten unter den Entlassenen oder Kurzarbeitenden haben. Achselzucken statt Aufbegehren scheint zum Signum der Gegenwart geworden zu sein.

Wohin entwickelt sich aber eine Gesellschaft, wenn alle Zeichen auf Weiterwurschteln stehen? Oder anders und ein wenig hochtrabend formuliert: Wie zukunftsfähig ist Österreich?

Zukunftsfähigkeit meint, dass die kommenden Jahre einer Absicht unterworfen werden, weil ein Plan verfolgt wird. Dazu bedarf es zuvor aber einer Analyse der Mängel und einer realistischen Beurteilung der Möglichkeiten sie zu verändern. Dazu gehört auch, sich klar zu werden, wer denn Akteur dieses Wandels sein kann. Im Folgenden soll an vier Beispielen gezeigt werden, dass diesbezüglich schwere Zweifel zu äußern fast unabweisbar ist, sowohl hinsichtlich der Analyse wie

der Gestaltbarkeit. Die Beispiele sind so gewählt, dass sie nicht jene Klagen wiederholen, die schon niemand mehr hören kann. Es geht also nicht um die Vorzüge des Mehrheitswahlrechts, das - hätten wir es - alles andere glücklich fügen würde; es geht nicht um die Staatsreform, die - wenn sie denn eines Tages beschlossen sein wird - alle Budgetsorgen verfliegen lassen wird. Es geht ebenso wenig darum, jene Entwicklungen anzuführen, die auch in Österreich Platz greifen werden, weil wir als Mitglied – soll man sagen glücklicherweise? – Entscheidungen der EU in nationales Recht und heimische Politik umzusetzen haben. Schließlich geht es mir auch nicht darum, irgendeine handliche soziale Utopie zu propagieren, die die Welt, wenn sie diese schon nicht aus den Angeln zu heben vermag, erst so richtig lebenswert zu werden verspricht.

Zukunftsfähigkeit bedeutet, Politikfelder daraufhin zu analysieren, ob es halbwegs einen Konsens darüber gibt, worin das zu lösende Problem besteht und welche Vorschläge welcher Interessensgruppen einander gegenüber stehen, zwischen denen ein Kompromiss zu finden ist. Mit anderen Worten: es geht um national-staatlich gestaltbare Verbesserungen von Lebensbedingungen, was voraussetzt, dass etwas im Argen liegt und die Änderung jemandem zugute kommen möge. Dabei wird sich zeigen, dass sowohl auf der Ebene der Feststellung dessen, was der Fall ist, wie auf jener der Identifizierung der Nutznießer, jene minimalen Übereinstimmungen nicht auszumachen sind, die ein ausdauerndes Bohren harter Bretter überhaupt erst sinnvoll erscheinen lassen.

## 2. Innovation

Im Jahr 2000 versammelten sich die Regierungschefs der EU-Länder in Lissabon und hoben die nach dieser Stadt benannte Strategie aus der Taufe. Neun Jahre danach und ein Jahr vor dem Zieleinlauf kann man mit einiger Berechtigung behaupten, dass praktische alle Ziele deutlich verfehlt wurden. Schlimmer erging es nur noch der österreichischen Fußballnationalmannschaft bei der Qualifikation zur WM in Südafrika. Während die Ballesterer aus den Fehlern zu lernen versuchen, halten die heimischen Innovationspolitiker und deren Experten unverdrossen an der Praxis fest, heiße Luft statt echter Änderungen zu produzieren.

Weniger als ein halbes Jahr nachdem der damalige Bundeskanzler Schüssel in Lissabon die Füllfeder zückte, gründete die von ihm geleitete Regierung eine neue Agentur, den Rat für Forschung und Technologieentwicklung, der seither nicht müde wird, die heimische Innovationspolitik beflügeln zu wollen. Berge von Papier wurden produziert, von Auftragnehmern erstellt, deren Reputation oftmals mehr als zweifelhaft war. Vor allem aber tat sich der Rat mit der Verkündung von Strategien hervor: Auf die 2005 verkündete „Strategie 2010“ folgte 2007 eine „Exzellenzstrategie“ und im vergangenen August wurde in Alpbach die „Strategie 2020“ feierlich aus der Taufe gehoben, an deren Ausarbeitung mitzuarbeiten alle eingeladen waren, wofür ein eigenes Webportal eingerichtet wurde. Abermals wurden viel Papier und noch mehr Kilobyte beschrieben.

Unweigerlich wird man angesichts dieser Berge von Studien, Analysen, Empfehlungen und Strategien an Karl Marx' lakonische Bemerkung erinnert, dass ihm jeder Schritt realer Veränderung allemal lieber sei als noch so gut durchdachte oder schön formulierte Programme. Es wäre allerdings unfair und würde die hier vertretene Meinung geradezu unterlaufen, wenn ich mir Marx' Meinung zueigen machte. Natürlich braucht man Expertise und selbstverständlich braucht man eine über den Tellerrand hinausreichende Vorstellung, wohin es gehen soll. Was der Rat seit nunmehr fast schon einem Jahrzehnt tut, demonstriert allerdings, dass es gerade nicht um eine politische Strategie geht. Als Beratungsorgan der Bundesregierung formuliert er nicht deren Strategie, sondern rät ihr nur zu einer. Als Organ, das auf die Vergabe von Geldern Einfluss auszuüben vermochte, löste er auf Seiten

derer, die forschen und entwickeln, mehr als einmal Verwunderung und Ablehnung aus. Eine Strategie ist ein Plan von jemandem, der mehr oder weniger klare Interessen verfolgt. Ihr Vorhandensein soll sicherstellen, dass die Richtung nicht alle paar Augenblicke geändert wird. Wo eine Strategie zustande kam, weil vorgängig widerstreitende Interessen ausgelotet und Kompromisse gefunden wurden, mag es Sinn machen, eine Übereinkunft zu treffen, eine Agentur möge darüber wachen, dass nicht vom vereinbarten Weg abgekommen werde. Doch diese Agentur mit der Ausarbeitung, Umsetzung und Überwachung zu beauftragen heißt, sie allein zu lassen mit den widerstreitenden und zu meist mächtigeren Interessensgruppen.

Der Rat begnügte sich alsbald mit Stellungnahmen und Wortmeldungen. Die waren und sind allerdings selten aussagekräftig, meist handelt es sich um Kaskaden von Phrasen. Denn, was soll man auch anfangen mit Formulierungen, wie sie beispielsweise eingangs der allerneuesten Strategie 2020 unter der Überschrift Vision 2020 zu finden sind: „Österreich ist eine erfolgreiche und international anerkannte Innovationsnation. Exzellente Forschung und radikale Innovationen sind die Basis für Österreichs führende Position...“ Wer da noch weiterliest, demonstriert Leidenschaft.

Gebetsmühlengleich wurde im vergangenen Jahrzehnt die Forderung nach einer dreiprozentigen Forschungsquote erhoben. Unter Aufbietung aller statistischen Zuordnungstricks steht Österreich immer noch darunter, doch der Rat wird nicht müde zu behaupten, dass das Ziel demnächst erreicht werde und dass Österreich damit im EU-Spitzenfeld liege. Kleinlaut findet man dann aber auch den Hinweis darauf, wer schuld hat, dass es noch nicht so weit ist: „die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise.“

Eine Rat-Einsicht mit dem zweifelhaften Wert, den Plattitüden nun einmal haben, besteht darin, dass seine Experten herausgefunden haben, dass Österreich zu den „Innovation Followers“ zähle, die das nachmachen, was die „Innovation Leaders“ kreierten und zur Beruhigung wird aufgezählt, welche Staaten mit uns in der B-Liga spielen. Für das Politikfeld Innovationsstrategie trifft tatsächlich zu, was der Rat aber genereller meinte: Alle Bestandteile der heimischen Innovationspolitik der vergangenen beiden Jahrzehnte wurden aus dem Ausland, vor allem aus der EU-Zentrale, importiert: Der Rat selbst, die 3% Quotenmagie, die Führer und Gefolgschaft-Unterscheidung etc. Eine eingehende Analyse der Bedingungen möglicher Innovationspolitik in Österreich wurde nicht versucht. Sie hätte an ein paar Eckpfeilern österreichischer Realpolitik rütteln müssen, um beispielsweise zu enträtseln, wie in einem Land, in dem alle entscheidenden Positionen proporzmäßig besetzt waren und sind, dennoch eine international beachtliche Wirtschaftsleistung erzielt werden konnte.

Statt solcher Realanalyse trotten die Innovationspolitiker – die die Kompetenzen auf wenigstens vier Ministerien verteilen – brav hinter den Kolonnen her und glauben, wenn sie die Führer nachmachen, wäre das schon eine Innovation. Auf diese Weise haben wir alles, was alle anderen auch haben (von der Autoindustrie bis zur Biotechnologie, von der Mikroelektronik bis zur Weltraumforschung) und dann noch ein paar Nischen, wie die Glock-Pistolen, die österreichische Tunnelbautechnik und das weite Feld der Künste und Geisteswissenschaften, die den Innovationstechnokraten ebenso wenig Profit versprechen, wie die (Kultur-)Landschaft, die via Fremdenverkehr weit mehr zum heimischen BIP beiträgt als irgendeine Innovationspolitik je erreichen wird können.

### 3. Asyl

Österreich ist ein Einwanderungsland ohne Einwanderungspolitik. 2007 nahmen fast 40.000 ausländische Passbesitzer ihren Wohnort in Österreich, während nur 6.000 Österreicher ins Ausland

übersiedelten. Der Anteil der im Ausland geborenen Wohnbevölkerung beträgt in Österreich mittlerweile 15 Prozent und liegt damit höher als in einem klassischen Einwanderungsland wie den USA. Die öffentliche Debatte über Einwanderung wird allerdings immer noch und zum überwiegenden Teil unter dem Stichwort „Asyl“ geführt. Für die einen steht dieses Wort für ein Menschenrecht, das niemandem vorenthalten werden darf. Für die anderen ist es der Schleier, hinter dem sich Fremde von unserem Wohlstand ein unverdientes Stück abzwacken wollen. Nun hat Asyl aber nichts zu tun mit der Frage der Einwanderung. Eine Einwanderungspolitik, derer Österreich allein schon wegen seiner geringen Geburtenrate bedarf, besteht aus zwei Elementen, die im glücklichen Fall ineinander greifen: Ausländern erscheint Österreich als ein besserer Platz als ihre jeweilige Heimat (was uns mit Stolz erfüllen könnte) und Österreich findet eben diese Zuwanderer passend, sei es hinsichtlich des Alters, Berufs oder welcher Merkmale auch immer. Asyl ist hingegen die zeitweilige Aufnahme Verfolgter, das großzügig zu gewähren wir Österreicher aus historischen Gründen allen Grund haben.

Tatsächlich bürgert die Republik Österreich (oder richtiger: die neun Landeshauptleute) jedes Jahr einige Zehntausend ein; 2004 waren es mehr als 40.000, 2008 gerade einmal 10.000. Neo-Österreicher werden zum überwiegenden Maße Personen, die schon lange, zumeist mehr als zehn Jahre, hier gelebt haben. Die jährlich stark schwankenden Einbürgerungszahlen sind ein Hinweis darauf, dass es in Österreich keine Einwanderungspolitik gibt, sondern Einzelfallentscheidungen. Zeitversetzt korrespondieren die Einbürgerungen mit den Asylanträgen. Wir können also mit einiger Sicherheit davon ausgehen, dass im kommenden Jahrzehnt ehemalige Staatsbürger Serbiens, der Russischen Föderation, des Irak, Afghanistans und aus dem Iran Österreicher werden.

Wer die soziale Realität durch die Brille der heimischen Massenpresse wahrnimmt muss ob der veröffentlichten (Leserbrief-)Erregung zum Schluss kommen, Massen von Fremden hätten sich hier breit gemacht. Die Ministranten der Nächstliebe verstärken genau diesen Eindruck. Die 535 Nigerianer, die 27 Ghanesen, die 10 aus Sierra Leone, sowie 134 Staatenlose, 18 Ungeklärte und 1.821 Sonstige, die im Jahr 2008 in Österreich um Asyl ansuchten (in Summe waren es 12.841 Personen), taugen allerdings nicht dazu, die Zahl der Asylwerber als bedrohlich erscheinen zu lassen. Das beständige Klagen der Fürbitter der Asylsuchenden über die Hartherzigkeit der österreichischen Politik lässt das Problem weit größer erscheinen als es wirklich ist. Sofort wird mir jetzt jemand aus dieser Ecke vorhalten, dass die Zahlen ja nur deswegen so niedrig sind, weil so vielen Anträge zu stellen verweigert werde. Solche Advokaten tun dem Klientel, dem sie ihre Fürsorge angedeihen lassen, keinen guten Dienst, wenn sie ständig die Öffnung der Herzen, Brieffaschen und Grenzen einmahnen und so jene Stimmung (mit-)schaffen, die ihre Gegner zu Verteidigern des Ur-Österreichischen und Abwehrkämpfern gegen die Überfremdung werden lässt.

Für IT-Experten aus Indien oder anderen asiatischen Schwellenländern waren wir nicht attraktiv und werden es angesichts des alltäglichen Umgangs der Österreicher mit Ausländern auch nicht werden. Deswegen werden wir realistischer Weise auch in Zukunft frühere Asylwerber und illegal nach Österreich Eingewanderte einbürgern (müssen). Darunter sind vermutlich wenige IT-Experten und ihrer Aus- und Weiterbildung wurde während der langen Wartezeit auf die Einbürgerung ganz gewiss wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Weil wir uns im Gegensatz zu den Einwanderungsländern mit Einwanderungspolitik die Neo-Österreicher nicht aussuchen, müssen wir mit jenen das Auslangen finden, die da sind.

Um in dieser Sache einen Realismus Platz greifen zu lassen, bedürfte es eines öffentlichen Konsenses, der ohne Popanz auskommt: Ja, wir sind ein für andere attraktives Land. Ja, wir brauchen Arbeitskräfte, Steuer- und Abgabenzahler. Ja, wir wollen nicht alle nehmen, aber unter denen, die schon da sind, sollen wir eine Auswahl treffen können und jene, die unseren Kriterien nicht genügen oder deren Asylantrag in letzter Instanz abgelehnt wurde, schieben wir ab und machen das in einer Weise, die einer entwickelten Demokratie würdig ist. Zustimmung zu all diesen Prinzipien kommt einer Minderheitenfeststellung in Sachen Einwanderungspolitik gleich.

Natürlich kann man sich auch eine klügere und noch viel leichter eine menschlichere Vorgangsweise ausmalen, doch wird das solange zwecklos bleiben, so lange sich die öffentliche Debatte in Scheingefechten festgefahren hat. Jungen Afrikanern, die, allein schon weil sie es bis nach Mitteleuropa geschafft haben, unter Beweis stellten, dass sie über reichliche Alltagstüchtigkeit verfügen, eine Berufsausbildung anzubieten, statt sie in den illegalen (Drogen-) Markt zu drängen, ihnen dann mit Rückkehrprogrammen unter die Arme zu greifen und sie so zu möglichen künftigen Partnern in einem Afrika zu machen, das irgendwann einmal als Markt interessant werden wird, würde die sprichwörtlichen zwei Fliegen treffen. Statt eines Abschiebezentrums ein Ausbildungszentrum zu errichten, wäre auch eine fruchtbare Neuerung der Entwicklungshilfepolitik.

Eine politische Haltung, die ausschließlich darauf giert, mit den Massen zu irren, statt deren Ressentiments auszuräumen, führt zu einer Politik des Fortwurtschtelns, so lange ihr die öffentliche Meinung nicht entgegen tritt. Dazu bedürfte es aber einer Kompromissfähigkeit zwischen heutzutage versteinerten Positionen. Solches auch nur anzuregen, stellt den, der es tut, in das Eck des Träumers.

#### 4. Lehre

Österreich ist das einzige Land, das seinen Studenten weder Aufnahmeprüfungen noch Studiengebühren abverlangt. Diese Großzügigkeit kommt allerdings - und auch das ist im internationalen Vergleich ein Unikum - nur einem sehr geringen Anteil der Gleichaltrigen zugute. Der größere Teil der jungen Österreicher und auch all jener Nicht-Österreicher, die legal hier leben, wird ausbildungsmäßig in Berufe hineinkomplimentiert, die die überwiegende Mehrzahl nach Ende der Ausbildung nicht weiter ausüben können wird.

27 Prozent der über 15-Jährigen der österreichischen Wohnbevölkerung haben nicht mehr als die Pflichtschule absolviert und 36 Prozent haben einen Lehrabschluss als höchsten Bildungstitel. Im Jahr 2008 hatte jeder zehnte Österreicher einen Hochschulabschluss, während noch vor vierzig Jahren nur jeder Fünzigste solchen sein Eigen nennen konnte. Die relativ starke gewachsene Gruppe der Universitätsabsolventen und der Maturanten, deren Anteil sich von 1971 auf 2008 von 6% auf 14% mehr als verdoppelte, hat die öffentliche Aufmerksamkeit geradezu monopolisiert. Im Frühsommer jedes Jahres berichten die Zeitungen kurz über die Lehrstellensuchenden und die Zahl jener, die bisher noch keine Lehrstelle gefunden haben. Das mediale Sommerloch verschlingt diese Meldungen alljährlich nahezu kommentarlos. Die sozialen Ungleichheiten, die unser Bildungs- und Ausbildungssystem mit großer Regelmäßigkeit produziert, sind für die breitere Öffentlichkeit fast nie ein Thema. Der Grund dafür ist in den Strukturen der Ungleichheit zu suchen, die durch das Bildungssystem produziert werden.

Das bessere Viertel, die Maturanten, Studienanfänger und –absolventen, verfügt über das, was der französische Soziologe Pierre Bourdieu treffend kulturelles Kapital genannt hat. Sie und ihre Eltern haben Zugang zu den Medien und deswegen wird in aller Ausführlichkeit über die Härten der Aufnahmeprüfungen zum Medizinstudium berichtet, doch kaum einmal wird das Schicksal jener, die keinen Lehrplatz finden, mit vergleichbarer Empathie geschildert.

Nun kann man einer realitätsnahen beruflichen Ausbildung durchaus einiges abgewinnen, doch die Hinnahme fehlender Ausbildungsplätze und falscher Berufswahlen ist nichts weniger als ein Skandal. In die Welt der Lehrberufe ist die Botschaft der Wissensgesellschaft noch nicht vorgedrungen. Die Berufsausbildung folgt immer noch der längst obsoleten Vorstellung, als junger Mensch erlerne man einen Beruf, den man dann den Rest seines Lebens ausübe. Eine zukunftsfähige Berufsausbildung müsste die sich rasch ändernden Anforderungen, mit denen künftig Arbeitskräfte konfrontiert sein werden, berücksichtigen.

Die Hälfte der männlichen Lehrlinge beginnt eine Lehre in einer der folgenden Berufe: Kraftfahrzeugtechnik (9%), Elektroinstallationstechnik (6%), Einzelhandel, Maschinenbautechnik, Tischlerei, Koch (je 5%), Maurer, Sanitär-, Klima- und Heizungsinstallateur, Metalltechnik und Bearbeitungstechnik, sowie Maler und Anstreicher. Ein Viertel der Mädchen strömt in den Einzelhandel, jede siebente lernt Friseurin und Perückenmacherin, gefolgt von Bürokauffrau (12%), Restaurantfachfrau, Gastronomiefachfrau, Köchin, Hotel- und Gastgewerbeassistentin, Pharmazeutisch-kaufmännische Assistentin, Verwaltungsassistentin, Blumenbinderin und –händlerin. In Summe verteilen sich drei Viertel aller jungen Frauen auf die eben genannten Berufe. Das ist nicht nur so offensichtlich geschlechtlich segregiert, dass einem die Spucke wegbleibt, sondern es ist auch für Burschen wie Mädchen eine absehbare Sackgasse, weil die entsprechenden Berufe die große Zahl von Arbeitskräften nicht aufzunehmen vermag (deren schönfärberische Berufsbezeichnungen ja kaum zu verbergen vermögen, welche Jobs jemandem tatsächlich zugemutet werden, wenn jemand sich „Klimatechniker“ oder „Gastgewerbeassistentin“ nennen darf).

Man stelle sich zum Vergleich vor, welches Gezeiter Platz greifen würde, wenn es im Bereich der universitären Ausbildung zu vergleichbaren Überfüllungen kommen würde. Das Ausbleiben eines eben solchen Proteststurms unterstreicht die Tiefe der sozialen Kluft zwischen jenen, die auf's Sonnendeck drängen, weil ihre Eltern und Großeltern dort schon Plätze reserviert halten, und der großen Mehrheit, die sich darein findet und finden muss, mit Arbeiten im gesellschaftlichen Unterdeck Vorlieb zu nehmen und das noch für gerecht zu halten aufgefordert ist.

In einem Punkt herrscht allerdings eine bemerkenswerte Parallelität zwischen Gebildeten und Ausgebildeten. Jene, die als Studierende scheitern – bei der Studienabbrecherquote sind wir Weltspitze –, und die, die nach dem Ende der Lehre keine Stelle in ihrem erlernten Beruf finden, sind aufgefordert, die Gründe dafür, ausschließlich bei sich selbst zu suchen. Selbstattribuierung nennt das die Sozialpsychologie und Soziologen verweisen darauf, dass das auf verquerte Weise zur Stabilität von sozialen Ungleichheitsstrukturen beiträgt. Wer meint, an sich selber gescheitert zu sein, kommt gar nicht auf den Gedanken, das soziale Arrangement, das diese Ergebnisse notwendigerweise hervorbringt, als Ursache in Erwägung zu ziehen.

Ein Land, dessen Repräsentanten nicht erröteten als sie die so genannte Lissabon-Strategie feierlich mitunterzeichneten, in der davon die Rede war, dass Europa bis 2010 der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt“ werden sollte, „der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren

Zusammenhalt zu erzielen“ – ein solches Land und seine Bildungspolitiker machen über Wochen und Monate hinweg Schlagzeilen über Belanglosigkeiten wie Lehrerarbeitszeit und Nachmittagsbetreuung. Der österreichischen (Aus-)Bildungspolitik wurden die hochtrabenden europäischen Absichten bislang nicht einmal in homöopathischen Dosen verabreicht.

## 5. Zivilgesellschaft

Wer ist für das in den vorigen Beiträgen geschilderte Schlamassel verantwortlich? Kommentatoren neigen dazu, den von ihnen diagnostizierten Reformstau den Politikern oder, falls sie ein wenig flotter formulieren, der politischen Klasse anzulasten. Daran ist manches wahr, aber es ist nur die halbe Wahrheit. Natürlich gibt es unter Politikern kraftvolle Exemplare, die ihre Sicht der Dinge auch gegen Widerstand durchsetzen. In Österreich ist dieser Typ allerdings schon längere Zeit nicht mehr gesehen worden. Gewöhnliche Mitglieder der politischen Klasse reagieren auf das, was ihre Wähler wollen, in Parteiendemokratien wie der österreichischen wurde früher einmal dieser Druck in Parteiorganisationen nach oben vermittelt, in Systemen mit Persönlichkeitswahlrecht scharen Abgeordnete Gleichgesinnte um und hinter sich. Wer aber übt heute auf die heimischen Politiker jenen Druck und Einfluss aus, ohne den diese, ja üblicher- und richtigerweise durchschnittlichen Charaktere, Einflüsterungen anderer hilflos ausgesetzt sind? Die Parteien kann man gleich vergessen, Meinungsbildung und Vermittlung von Wünschen und Anliegen der Basis an die Spitze funktionieren ja nicht einmal mehr bei der Partei mit basisdemokratischem Gütesiegel.

Die soziale Gruppierung, die man als Intellektuelle, Gebildete, als quasselnde Klasse oder Intelligenz bezeichnen und zugleich karikieren kann, verzichtet im Österreich des 21. Jahrhunderts die ihr ausgestellte Lizenz zur Kritik auszuüben. Warum ist das so?

Zuerst einmal muss man einschränken und auf jenes Phänomen eingehen, das man Pawlowsche Kritiker nennen kann. Eine Handvoll Intellektueller ist stets zur Stelle, wenn ihr Auslösereiz klingelt: Wenn es gegen Faschisten geht erzürnt die heimische Literaturnobelpreisträgerin, wenn es gegen die Verharmlosung eines Arbeitermörders geht wirft sich ein promovierter Romancier ins Zeug, wenn die heimischen Schulen wieder einmal im Argen liegen mahnt der pensionierte Pädagogikprofessor und jeder Leser dieser Seite kennt weitere Beispiele. Dabei will ich gar nicht sagen, dass diese Interventionen unberechtigt wären – im Gegenteil: in zwei von drei Fällen ist der Protest wohlbegründet und punktgenau. Doch, bevor man den Kommentar zu lesen beginnt, weiß man schon, was kommen wird. Da den Pawlowschen Kritikern nicht widersprochen wird oder sie allenthalben vorgebrachte Einwände als Kinkerlitzchen beiseite schieben, repetieren sie ihre Botschaften und da sie ja nichts Neues zu sagen haben, werden sie nicht einmal ignorieren.

Eine andere, zahlenmäßig weit größere Gruppe von Mitgliedern der gebildeten Schichten, die durchaus in der Lage wären Kritik zu üben, verzichtet darauf, weil sie als eingebettete Intellektuelle Rücksicht auf ihre Gastgeber nehmen und die Einladung zu künftigen Bettungen nicht aufs Spiel setzen wollen. Über diese Spezies von Zeitgenossen etwas anderes als tief empfundene Verachtung zu artikulieren, fällt mir schwer und in dem Moment, in dem ich bemerke, dass ich mit dieser Verachtung ziemlich allein da stehe, wird mir auch klar, wie sozial mächtig sie sind. Ein gewichtiger Teil der Verantwortung für die in dieser Serie skizzierte Misere kommt diesen eingebetteten Intellektuellen zu. Doch wohl situierten Feiglingen und Langeweilern „Wacht auf!“ zuzurufen fällt Don Quichottes Ressort.

Ähnlich prekär wie die Beziehung der heimischen Intellektuellen zu den Mächtigen der Politik und zur Öffentlichkeit ist ihr Verhältnis zum Volk, den Massen, den gewöhnlichen Leuten. Wir Bildungsschnösel ergötzen uns seit Jahrzehnten an den Zeichnungen von Manfred Deix, deren Verachtung der gewöhnlichen Leute kaum zu überbieten ist. Karikaturisten der Vergangenheit geißelten die Börsartigkeit der Mächtigen, bannten die Verschwendungssucht der Reichen aufs Papier und entblößten die Trotteligkeit der Herrschenden. Deix kann sich seit Jahrzehnten des zustimmenden Grunzens der Gebildeten sicher sein. Die Gesellschaftskritiker, die ihm applaudieren, stellen damit unter Beweis, dass sie schon lange nicht mehr, möglicherweise überhaupt noch nie, über politische Wirksamkeit nachgedacht haben.

Der amerikanische Sozialwissenschaftler Michael Walzer hat schon vor langem darauf aufmerksam gemacht, dass Gesellschaftskritik sozial nur wirksam werden kann, wenn die kritisierte Gesellschaft als eigene begriffen und empfunden wird. Das heißt aber auch, dass man die Mehrheit der Mitbewohner nicht zugleich als Vollduppen und Dauertschecheranten sehen kann, ohne sich damit den Boden unter den Füßen selbst wegzuziehen. Die Verachtung der Massen besitzt in Österreichs gebildeten Kreisen eine lange Tradition und hat im vergangenen Jahrhundert auch mehr als einmal demonstriert bekommen, dass sie nicht ganz unberechtigt ist. Allerdings kann man sich eine demokratische Gesellschaft ohne Mitsprache der Majorität nur dann überhaupt vorstellen, wenn man sich als Nachfahre Joseph II. sieht.

Die josephinistische Haltung ist weitestgehend immun gegen Kritik, Anregungen oder Änderungen. Wer immer schon weiß, was richtig wäre, der braucht ja tatsächlich mit niemandem mehr diskutieren. In der Gegenwart kommt diese Haltung in der um sich greifenden Bewegung des „Zeichen setzen“ zum Ausdruck. Wann immer etwas Verwerfliches geschieht, findet sich alsbald jemand, der ein Zeichen setzen will, um das Böse zu bannen. Nach einem durchzeichneten Abend zieht man mit dem wohligen Gefühl von dannen, es denen wieder einmal gezeigt zu haben. Bekanntlich lässt sich das auch über Monate hinweg wöchentlich wiederholen.

Nichts ist weniger politisch als solche Gefühlsaufwallungen. Politisch wäre es, mit Personen anderer Überzeugung zu diskutieren, sie mit Argumenten zu traktieren und sich mit ihnen zusammenzuraufen. Solches geschah früher einmal in Parteien, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, an Kaffee- oder Gasthaustischen und bildete jene bürgerliche Öffentlichkeit, deren Patenkind die Wissenschaften waren.

Das Fehlen öffentlicher Debatten über das, was man hochtrabend Gemeinwohl nennt, kann man keinem der üblichen Verdächtigen in die Schuhe schieben. Daran sind weder der Neoliberalismus noch Kärnten schuld. Es ist unser eigene Zögerlichkeit, Faulheit und die schwer überbrückbare Distanz gegen die gewöhnlichen Leute und deren schwer erträgliche Weltsichten. Doch eher kann man Massen lehren, die Welt ein wenig anders zu sehen, als dass ein Wunderwutzi unser aller Problem für uns lösen wird.

Österreich wird weiterwurschteln und Österreichs Intellektuelle werden weiterhin an diesem Land herumrörgeln. Drängende Probleme wie jene, die in den Beiträgen der vergangenen Tage angesprochen wurden, werden weiter links liegen bleiben. Nichts würde mich mehr freuen, als mit dieser Prognose unrecht zu behalten.

Christian Fleck lehrt Soziologie an der Universität Graz und war in den vergangenen vier Jahren Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie.